

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 11

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

DIPLOMATISCHE OFFENSIVEN WASHINGTONS UND MOSKAUS

Unmittelbar vor der Jahreswende startete der amerikanische Präsident Johnson die spektakulärste Friedensoffensive seiner Administration. Sonderbotschafter *Averell Harriman* wurde auf eine dreiwöchige Reise um die Welt geschickt, deren erste Station Warschau war. Vizepräsident *Humphrey* reiste nach Tokio und traf später bei den Bestattungsfeierlichkeiten für den indischen Premierminister Shastri in Delhi mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin zusammen. Der amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinigten Nationen, *Arthur Goldberg*, besuchte Rom, Paris und London, der Berater Johnsons für Sicherheitsfragen, *Mc George Bundy*, begab sich nach Ottawa, *Mennen Williams* wurde nach Afrika, *Thomas C. Mann* nach Mexiko geschickt.

Geringe Ergebnisse

Die ungewöhnliche diplomatische Aktivität Washingtons, von kritischen Beobachtern als Operation von texanischen Dimensionen ironisiert, verfolgte das Ziel, den übrigen Mächten Amerikas Haltung im Vietnamkonflikt darzulegen und gleichzeitig den Verständigungsbemühungen der Vereinigten Staaten das nötige Relief zu verleihen. Kurz vor Weihnachten hatte Washington auf Umwegen *Kontakt mit Hanoi* aufgenommen. In einer nicht näher bezeichneten Hauptstadt hatte ein amerikanischer Diplomat einem nordvietnamesischen Kollegen ein *Memorandum Staatssekretär Rusk*s überreicht, in welchem die in 14 Punkten zusammengefaßten Bedingungen Johnsons für eine Beilegung des Konfliktes dargelegt wurden. Es handelte sich um eine Kodifizierung der Konzeption Washingtons, wie sie von Präsident Johnson am 7. April 1965 in seiner Rede in Baltimore umrissen worden war. Die USA sind nach wie vor zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit, sie akzeptieren auch den Vietcong als Verhandlungspartner und befürworten eine uneingeschränkte Traktan-

denliste, auf der beispielsweise auch die von Hanoi als Voraussetzung jeden Gesprächs genannten vier Punkte figurieren könnten. Da frühere ähnliche Vorstöße des Weißen Hauses immer am Widerstand Nordvietnams gescheitert waren, interpretierte man offensichtlich in Washington bereits die Entgegennahme des Memorandums durch Vietnam als einen Schritt vorwärts. Harrimans Besuch in Warschau, wo amerikanische und chinesische Diplomaten seit etwa zehn Jahren in sporadischen Konferenzen den einzigen direkten Kontakt zwischen Washington und Peking aufrechterhalten, dürfte dem Zweck gedient haben, die Bedeutung der gegenwärtigen amerikanischen Friedensaktion zu unterstreichen.

Auf militärischem Gebiet wurden die amerikanischen Verständigungsbemühungen ergänzt durch die Einstellung der Bombardierung nordvietnamesischen Gebietes. Johnson wollte seine diplomatische Offensive nicht dem Risiko unvorhergesehener Zwischenfälle aussetzen. Durch die Bombardierungspause erhielt er gleichzeitig ein — in seinen Wirkungen zwar nur schwer abzuschätzendes — Druckmittel in die Hand, Hanoi an den Verhandlungstisch zu bringen.

Drei Wochen nach dem Beginn der Friedensoffensive des Weißen Hauses scheint festzustehen, daß ihre Ergebnisse nur dürftig sind. Am 22. Januar erklärte Staatssekretär Rusk auf einer Pressekonferenz resigniert, daß Hanoi auf die Vermittlungsbemühungen eine Antwort schuldig geblieben sei. Die einzige sichtbare Reaktion sei die kontinuierliche Weiterführung der nordvietnamesischen Infiltration im Süden gewesen. Rusk versicherte, Amerika werde trotz diesem Rückschlag seine friedliche Politik in Südostasien mit Geduld und Ausdauer weiter verfolgen.

Scheljepins Mission in Hanoi

Es wirkte einigermaßen überraschend, daß parallel zur amerikanischen Friedensoffensive

eine sowjetische diplomatische Aktion in Hanoi einherging, die vom Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees *Alexander Scheljepin* geleitet wurde. Die Mutmaßungen, es handle sich hier um eine *Koordination* zwischen Moskau und Washington, die sich gegenseitig die Stäbe im Stafettenlauf nach dem Frieden in die Hand gäben, lösten sich bald in nichts auf. Scheljepins Mission in Hanoi, über deren Verlauf und Ergebnisse man nur vage Angaben hat, dürften komplexere Motive zugrunde gelegen haben. Es lag Moskau daran, im Hinblick auf den bevorstehenden 23. Parteitag der KPdSU die Präsenz der Sowjetunion in Südostasien zu demonstrieren. Dem kommunistischen China, dessen moskaueindliche Agitation nicht müde wird, der Sowjetunion vorzuwerfen, sie lasse das bedrängte Nordvietnam im Stich, sollten zugkräftige Argumente aus den Händen gewunden werden. Die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation, der Rüstungsexperten und hohe Offiziere angehörten, deutete eher auf eine militärische Demonstration als auf eine friedliche Vermittlungsaktion hin.

Die Pax sovietica von Taschkent

Man muß Scheljepins Reise nach Nordvietnam wohl in den Zusammenhang der großen diplomatischen Offensive stellen, die Moskau gegenwärtig in Asien ergriffen und die ihm bereits einige Erfolge eingebracht hat. So ist es dem Ersten Parteisekretär *Leonid Breschnew* bei seinem Besuch in Ulan Bator gelungen, die Mongolei, der wegen ihrer geographischen Lage zwischen Rußland und China in der Auseinandersetzung der beiden kommunistischen Großmächte eine wichtige Rolle zukommt, erneut zu einer Solidaritätserklärung zugunsten Moskaus zu veranlassen.

Noch wichtiger für die Stärkung der sowjetischen Stellung in Asien ist der erfolgreiche Abschluß der *Gespräche von Taschkent*. Hier hatte sich die Sowjetunion auf ein Experiment eingelassen, das in der bald fünfzigjährigen Geschichte des bolschewistischen Rußland einzig dasteht: Moskau spielte den Vermittler zwischen zwei Staaten der «kapitalistischen» Welt. Ministerpräsident *Kosygin* hatte sein ganzes Prestige eingesetzt, um die Verhandlungen zwischen dem indischen

Premierminister *Shastri* und dem pakistanischen Präsidenten *Ayub Khan* zu einem positiven Abschluß zu bringen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 10. Januar eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die zwar das brennendste Problem, die *Kaschmirfrage*, mehr oder weniger ausklammerte, dafür aber die seit den kriegerischen Aktionen des letzten Sommers und Herbsts gestörten Beziehungen zwischen Indien und Pakistan wieder normalisierte. Die Sowjetunion erschien hier in der ungewohnten Rolle des Friedensstifters, der für einen ganzen Subkontinent eine *Pax sovietica* proklamiert. Der Prestigegewinn Moskaus ist nicht zu unterschätzen; seine Intervention hebt sich vorteilhaft von der militanten Aggression Pekings ab, das vor drei Jahren mit bewaffneten Streitkräften gegen Indien voringing. Eine Rückwirkung des sowjetischen Erfolges von Taschkent auf die ganze blockfreie Welt ist wohl das weltpolitische Hauptergebnis der indisch-pakistanischen Verständigung; sollte sich der hier ausgehandelte Frieden von Dauer erweisen, dürfte sich Rußlands geschwächte Position in den Entwicklungsländern zweifellos wieder festigen.

Shastris Tod

Für Indien, das den Ausgang der Taschkenter Gespräche auch als Erfolg seiner Politik verzeichnen kann, brachten die Verhandlungen zugleich einen unerwarteten, tragischen Verlust. Wenige Stunden nach der Unterzeichnung der Abmachungen erlag Premierminister *Shastri* einer Herzkrise. Der Regierungschef, der sein Amt vor knapp zwei Jahren als Nachfolger Nehrus übernommen hatte, starb in einem Augenblick, da es ihm gelungen war, seiner Politik ein gewisses Profil zu geben. Fast während der ganzen Zeit an der Spitze der indischen Regierung hatte er im Schatten seines großen Vorgängers gestanden, dessen Charisma ihm völlig abging. Shastris Ziele waren niedriger gesteckt als die Nehrus: In der ihm eigenen Bescheidenheit suchte er das Erreichte zu wahren und zu verteidigen. Der Entschluß der Kongreßpartei, zu Shastris Nachfolger die Tochter Nehrus, *Indira Gandhi*, zu wählen, ist ein Zeichen dafür, daß man in Indien ge-

willt ist, auf die Tradition Nehrus zurückzulenken. Indira Gandhi war zwar eine Kompromißkandidatin, die sich aus dem Streit der einzelnen Gruppen der Kongreßpartei herauszuhalten verstanden hatte. Aber sie verkörpert gleichzeitig die Kontinuität der Politik ihres Vaters, dessen enge Mitarbeiterin sie gewesen ist. Indira Gandhi gilt wie Nehru bei allem westlichen Background als Befürworterin einer Anlehnung an Moskau. Wie sie die unausweichlich auf Indien zukommenden neuen außenpolitischen Belastungsproben zu meistern vermag, wird die Zukunft zeigen.

Trügerische Stabilität in Afrika

Das politische Gesicht Westafrikas — bisher eine Region verhältnismäßiger Stabilität — hat in den letzten Wochen eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren. An die Stelle der bisherigen *Präsidentschaften*, die sich nach kurzen, untauglichen Versuchen mit dem parlamentarischen System als anscheinend geeignetste Staatsform durchgesetzt hatten, sind in mehreren Ländern *Militärregimes* getreten. Die Ablösung ging nicht immer in geordneten Bahnen vor sich. Die blutigen Unruhen, von denen sie beispielsweise in Nigeria begleitet war, sind ein bezeichnendes Symptom dafür, wie unter der scheinbaren Ruhe in den Ländern des schwarzen Afrika Kräfte am Werk sind, die die politische Lage von einem Tag auf den andern umstürzen könnten. Die innere Labilität der jungen Staaten des dunklen Erdteils hat sich in diesen Wochen erneut und deutlich manifestiert.

Es begann am 25. November 1965, als im Kongo General *Mobutu* die Macht übernahm und den bisherigen Präsidenten *Kasavubu*, der in träger Beharrlichkeit alle Wirren seit 1960 überdauert hatte, vom Posten des

Staatschefs verdrängte. Einer Kettenreaktion gleich kam es um die Jahreswende zu Umstürzen in den ehemaligen französischen Kolonien Dahomey, Oubangui-Chari — der heutigen Zentralafrikanischen Republik — und Haute-Volta. In allen drei Ländern, fast durchwegs unbedeutenden Zwergstaaten, lösten Offiziere, die über einen Anhang in der Armee verfügten, die bisherigen Präsidenten ab und traten selbst an die Spitze des Staates.

Zu einem blutigen Chaos steigerte sich die westafrikanische revolutionäre Welle in *Nigeria*. Dieses aus der britischen Kolonialtradition herausgewachsene Land, bevölkerungsmäßig das größte Afrikas, galt seit seiner Unabhängigkeitserklärung im Oktober 1960 als Musterstaat. Bald hatten sich jedoch die ersten Krisensymptome in der von Premierminister Sir *Abubakar Tafawa Balewa* geleiteten, aus heterogenen Teilen bestehenden Föderation gezeigt. Am 15. Januar kam es auch hier zu einem Putsch. Die Erhebung wurde zwar blutig niedergeschlagen, aber den Rebellen gelang es, Balewa zu entführen; er wurde von ihnen auf bisher nicht näher bekannt gewordene Weise ermordet. Andere Politiker Nigerias traf das gleiche Schicksal. Auch dieses Land sah keine andere Möglichkeit, die Krise zu meistern, als die Macht dem Kommandanten der loyal gebliebenen Truppen, General *Ironsi*, zu übergeben, der ebenfalls eine Militärregierung einsetzte. Es würde nicht überraschen, wenn die Kette von Umstürzen in Westafrika in nächster Zeit weitergehen würde. Noch hat das urplötzlich aus archaischen Formen herausgerissene und in die komplizierte Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts gestellte Afrika seine definitive Gestalt nicht gefunden. Es wird weiterhin ein Herd politischer und sozialer Unruhen bleiben.

Fabius

DE GAULLES WIEDERWAHL

Das Volk sprach sein Verdikt, vor dem die wahren Demokraten sich verneigen: 54,5% seiner Stimmen fielen dem General, 45,5% *François Mitterand* zu. Auf der Suche nach den Gründen dieses Ergebnisses stellt man

vor allem fest, daß von den antigauillistisch Stimmenden des ersten Wahlgangs eine gewisse Anzahl zum General zurückkehrten, um ihre Stimme nicht Mitterand, dem Günstling der Kommunisten, zu geben. Im übrigen

eine Vermutung, ist es doch erwiesen, daß in der Umgebung von Paris die kommunistischen Parteizellen den Auftrag erhielten, für de Gaulle zu stimmen. Nach der Stichwahl auf den ersten Wahlgang vom fünften Dezember, der dem General nur 44% der Urnengänger zuführte, ist man zu der Feststellung verpflichtet, daß der Staatschef den supranationalen Charakter eingebüßt hat, der bislang sein Prestige ausmachte. Mag am Resultat des neunzehnten Dezembers auch nichts zu deuteln sein, so läßt sich die Tatsache nicht leugnen, daß de Gaulle nur einen Sieg «zweiten Grades» errang und das «weite Vertrauen der Franzosen», das ihn bisher trug, nicht mehr besitzt. Die Frage, weshalb dem so sei, verdient eine unvoreingenommene Antwort.

In den letzten sieben Jahren schien Frankreich vergessen zu haben, daß es nicht zu den politisch unterentwickelten Nationen zählt. Seine Gleichgültigkeit gegenüber dem öffentlichen Leben, sein Schweigen angesichts eines über die Stränge schlagenden Regimes, zweifellos bonapartistischen und autoritären Charakters, überraschte seine Freunde. In Tat und Wahrheit entstammten Gleichgültigkeit und Schweigen der großen Mehrheit der Bürger nur einer scheinbaren Lethargie, die ein geschickt ausgedachtes System einflößte, das nach und nach das Mitspracherecht des Parlaments unterdrückte und das Bewußtsein der Wähler einullte. Von Referendum zu Referendum verzeichnete das Regime die nahezu automatische Zustimmung der Wähler zu General de Gaulles Politik. Seine überlegene Autorität, kraft seiner legendären und ruhmreichen Vergangenheit, die niemand bestreitet, sicherte ihm eine praktisch uneingeschränkte Macht. Doch vergaßen die Franzosen nicht, daß vor fünfundsiebzig Jahren die persönliche Macht das Land in den Abgrund geführt hatte und dachten denn auch, wenn ihr Land heute isoliert sei, so deshalb, weil es, sich über die Römer Verträge hinwegsetzend, die Hoffnungen zerstört, welche die Großmächte einmütig auf das vereinigte Europa setzten.

Der fünfte Dezember offenbarte mit einem Schlag die Gegenwart eines tieferen-

den Widerspruchs zur Politik des Generals, der stets über die öffentliche Meinung sowie den Willen der Nationalversammlung hinweg sah. Mit einer Stimmbeteiligung von selten erlebter Höhe legten die Franzosen ihre Ablehnung einer getarnten Diktatur dar und forderten die Rückkehr zu demokratischen Regierungsprinzipien. Die Mehrheit des Volkes sprach diesen Wunsch aus. François Mitterands Stimmenanteil weist auf die Schaffung einer neuen Linken hin, verwandt der Volksfront, jenem recht unvereinbaren Amalgam von einst, während die Stimmen, die *Jean Lecanuet* im ersten Wahlgang einheimste, die Bildung eines jungen und zupackenden Zentrums wahrscheinlich machen, einer liberal und europäisch gesinnten Gruppe, die zur Ablösung des verfallenden Gaullismus berufen sein könnte. Denn ohne zu weitgehende Schlüsse aus dem zweiten Urnengang zu ziehen, kann man für die Legislativwahlen des nächsten Frühjahrs ein ernsthaftes Zusammenschmelzen der gaullistischen Mehrheit voraussehen.

Was wird de Gaulle tun? Seine Politik wird zweifellos von diesem Stichtag bestimmt sein und dafür Sorge tragen, bis dann die Gefahr einer Niederlage zu bannen, welche seinem Ansehen höchst abträglich wäre. Da die lebhafteste Kritik während der Wahlkampagne die Außenpolitik betraf, müßte er hier nachgeben, um das Land zu beschwichtigen. Wird er dazu bereit sein? Seit seiner Rückkehr an die Macht im Jahre 1958 kennt man seine sehr persönliche Auffassung von der Zukunft der Welt und der Rolle, die Frankreich darin zu spielen hat. An ihr hängt er zu sehr, von ihrer Richtigkeit ist er zu sehr eingenommen, um auf sie zu verzichten oder sie nur zu korrigieren. Sie ist seit eh und je ein Teil seiner Geschichtsphilosophie, von der wir wissen, wie unabdingbar sie ihm ist und keiner ihn davon abbringen kann. Hindernisse bestätigen ihn im Gegenteil in seiner stolzen Überzeugung. Um keinen Preis erträgt er, um es mit den Worten Montherlants aus dem Schauspiel «Le maître de Santiago» zu sagen, mit jenen verwechselt zu werden, «die nicht auf der gleichen Höhe wie er atmen». Trotzdem ist die Öffentlichkeit erwacht; er wird ihr inskünftig Rechen-

schaft tragen müssen. Diese Lehre läßt sich aus der vergangenen Wahl ziehen.

Der General ist der Ansicht, seine Aufgabe sei es, das Steuer wieder in die Hand zu nehmen, und dafür gab er während einer seiner Fernsehansprachen das folgende Argument: Frankreich werde zusammenbrechen, sollte ihm sein heutiger Staatschef fehlen. Man hätte Mühe, in der französischen Vergangenheit eine ähnlich kategorische und persönliche Souveränitätsverkündung zu finden, eine ebenso erklärte Identifizierung des Landes mit einem Manne. «Außerhalb von mir ist eine nationale Zuflucht nicht möglich», waren seine eigenen Worte. Er wollte damit sagen, Frankreich habe die Wahl zwischen dem Chaos oder der Fortführung der gaullistischen Herrschaft. Während seiner letzten Reden wurde de Gaulles Hochmut keinen Augenblick geschwächt. Am meisten frappiert sein Aufruf an die Franzosen, weniger eine bestimmte Politik zu billigen, als sich blindlings seiner Person anzuvertrauen, deren Unfehlbarkeit zu verkünden die gewohnten Beweihräucherer nicht anstehen. Sind nun nach seiner Wahl die Festigkeit der Einrichtungen und die Dauerhaftigkeit der Bündnisse gewährleistet ohne Befürchtungen der Öffentlichkeit für die Zukunft? Fast alle Franzosen hoffen es, viele sind indes nicht ohne Reserviertheit hinsichtlich des Regimes, seinen Entscheidungen und eingeschlagenen Wegrichtungen.

Darüber kann man sich tatsächlich nicht hinwegtäuschen, daß der Staatschef aus der Präsidentenwahl eine Art von Plebiszit machen wollte. Heute ist er genötigt, sich selbst auf das mißliche Ergebnis zu stützen, das ihm zufiel, um seine Ziele im Hinblick auf die NATO, den Atlantikpakt und den Gemeinsamen Markt zu verfolgen und um sich unter dem Vorwand, die nationale Selbständigkeit zu wahren, von Verpflichtungen zu befreien, die Frankreich mit diesen internationalen Einrichtungen verbinden. Mit ausgesuchter Geschicklichkeit versicherte er in seinen Reden, dem französischen Volk komme das Verdienst all dessen zu, was in den letzten sieben Jahren geschah, die Mithilfe der öffentlichen Meinung des Landes sei ihm für zukünftige Verwirklichungen unentbehrlich.

Was aber in Wirklichkeit dem Land abverlangt wird, ist ganz einfach der Verzicht auf die Verantwortlichkeit seiner Bürger. Nichts leichter, als die «Herrschaft der Parteien» zu brandmarken und sie durch einen Appell ans Volk zu ersetzen; nirgendwo auf der Welt gibt es aber, wie Paul Reynaud es neulich ins Gedächtnis rief, eine Demokratie ohne Parteien.

Die erstaunliche Persönlichkeit General de Gaulles wird niemand anzweifeln und ebenso wenig seine großen Verdienste in der heroischen Zeit des Krieges und des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Deutschland. Doch jenseits dieser hervorragenden Dienste, die er der Nation erwies, bleibt die Fortdauer des Landes sowie die Kontinuität des französischen Staates, dessen Schicksal nicht an einen Mann gebunden sein kann, mag er nach der Meinung einiger noch so sehr von der Vorsehung auserwählt sein. Wer ihn hört, möchte glauben, Wohlstand und Modernisierung des Landes hingen allein von seiner Existenz ab, das Leben der Nation stehe still, sofern er sich zurückziehen sollte. Aber wie Jean Lecanuet vor zehntausend Zuhörern sagte: «Der Friede mit Ihnen, mein General, Frankreich wird nach Ihnen weiterdauern, wie es vor Ihnen bereits da war.» Die Wahl vom fünften Dezember, ein Wendepunkt der französischen Politik, hat die Treue der Wähler gegenüber den traditionellen Bündnissen Frankreichs ins Licht gerückt und ebenso gegenüber dem Gemeinsamen Markt, der allein auf die Dauer die Landwirtschaft retten kann. Dieser Tatbestand erlaubt manche Einschränkung hinsichtlich des Überlebens des gaullistischen Regimes.

Nichts ist weniger einheitlich als eine Wählerschaft. Der zweite Wahlgang bestätigte in dieser Hinsicht das Erbe des ersten, in das sich neben dem General fünf Kandidaten, fünf verschiedene Tendenzen, teilten. Der Urnengang vom neunzehnten Dezember offenbarte indes von der Linken zur Rechten eine gleiche Feindschaft, gewissermaßen einen Zustand leidenschaftlicher Erbitterung, den der Staatschef wird berücksichtigen müssen. Der Widerspruch zum Regime verband in der Tat politische Gruppen, die sich

traditionellerweise feindlich gegenüberstehen. Er vermischte die Stimmen der Kommunisten mit denen der Nationalgesinnten, der Sozialisten mit denen der Konservativen, derart, daß das Endresultat ein vereinfachtes und willkürliches Bild einer wirren Ausgangslage zeigt. Der Regierung kommt es deshalb zu, sich zu ändern, zu handeln, wenn sie ihre besten Chancen wiedergewinnen will samt der Mehrheit, die, trotz ihrer Verachtung für das Parlament, auch ihr zum Regieren unentbehrlich ist.

De Gaulles Wortführer, die in der Presse seine Anschauungen über die Politik hinsichtlich Amerikas und Deutschlands vertreten, können daran erinnern, daß er schon eine Anzahl «gordischer Knoten» zerhauen habe und Frankreich dennoch Mitglied des Atlantikpaktes, der europäischen Gemeinschaft, der westeuropäischen Union sei, kurzum an der freien Welt teilhabe, welche Amerikas Atomverteidigung schütze. Kaum ist der Vorhang über der Wahlbühne von 1965 gefallen, zieht das während der Wahlkampagne so heiß diskutierte Problem Europa unsere Aufmerksamkeit auf sich. In Washington denkt man bereits an ein Gespräch mit de Gaulle. Seine Wiederwahl öffnet in dieser Beziehung neue Perspektiven. Eine Periode der Neuanpassung und strenger Standortbestimmungen brach für Frankreichs Politik am neunzehnten Dezember des vergangenen Jahres an.

Noch ist das Spiel nicht zu Ende. Frankreichs öffentliche Meinung fragt sich bang, ob der General seine Position verhärten oder aufweichen wird. Daß er die ungünstige Mehrheit des ersten Wahlgangs und die bedeutende Minderheit des zweiten nicht mehr übersehen kann, steht jedoch fest. Der Irrtum des Gaullismus bestand darin, sich zu lange für allmächtig und unfehlbar zu halten, den Warnungen der Opposition keine Aufmerksamkeit zu schenken. Diesem oft tödlichen Fehler verfallen autoritäre Regimes, die vor der wachsenden Abkehr des Volkes ihnen gegenüber die Augen verschließen.

Der französisch-amerikanische Zwist

Man kann es nicht verhehlen: die französisch-amerikanischen Beziehungen ver-

schlechtern sich täglich. Seit fast einem Jahr nahm der Antiamerikanismus in der offiziellen Sphäre ein solches Ausmaß an, daß er das hauptsächlichste und konstante Merkmal der französischen Außenpolitik zu sein scheint. Wenn die Regierung sich offen dazu beglückwünscht und der für den Rundfunk verantwortliche Informationsminister den gleichen Ton anschlägt, so deshalb, weil er der Meinung des Staatsschefs beipflichtet. Man hört nicht selten die Ansicht, alles werde besser gehen, wenn Amerika sich nicht mehr mit Europa abgeben wolle und wenn Frankreich, endlich allein, vom atlantischen Bündnis befreit sei, das ihm einen Teil seiner Entscheidungsfähigkeit entziehe. Welches auch immer die persönlichen Beziehungen zwischen de Gaulle und dem deutschen Altbundeskanzler gewesen sein mögen, niemand als ersterer hat mehr getan, das Gebäude zum Einsturz zu bringen, das Adenauer in Übereinstimmung mit Frankreich aufzurichten wünschte. Das Ergebnis dieser Politik, die sich sozusagen hinter dem Rücken des französischen Volkes abspielte, besteht darin, daß heute die amerikanische Regierung ihre Truppen aus Westeuropa zurückzieht, während *Erhard* versucht, durch das atomare Mitspracherecht auf die Beratungen der NATO einzuwirken. Deutschlands Eintritt in ein ihm bisher vorenthaltenes Gebiet wird zusätzliche Schwierigkeiten bereiten. Außenminister *Schröder* beabsichtigt in der Tat, bei der Prüfung und Lösung der Probleme einer allgemeinen Sperre der Atomwaffenverbreitung Deutschland teilhaben zu lassen. Erwähnen wir noch eine Tatsache, die die deutsch-amerikanische Annäherung beleuchtet: die Anti-Raketen-Ausbildungsschule in Aachen wird nach Fort Bliss in Texas verlegt, wo sie in diesem Frühjahr mit ihren zwölfhundert Schülern den Lehrgang aufnehmen wird.

Die Regierung von Bonn mag noch so sehr das Gesicht des Elysée-Vertrages wahren und in Brüssel die Einheit der Sechs aufrechterhalten wollen, schwerwiegende Unstimmigkeiten setzen sie immer mehr in Widerspruch mit Frankreich. *Couve de Murvilles* Moskareise, die ein Schlußkommuniqué von seltener Platttheit einbrachte (*Le Monde*, 4. 11. 65), hatte bis jetzt als hauptsächlichste

Wirkung, die ferne Erinnerung an den französisch-russischen Pakt zu wecken. Von da bis zum Gedanken an einen französisch-russischen Freundschaftsvertrag nach allen Regeln ist es nur ein Schritt. Mehr brauchte es nicht — was die amerikanische wie die deutsche Presse hervorzuheben nicht verfehlen — um in Washington, trotz allem Leugnen des State Departements, das traditionelle Kapital der französisch-amerikanischen Freundschaft anzugreifen. Warnungen bekannter Amerikaner, deren Frankophilie in Paris geschätzt wird, sind freilich nicht ausgeblieben. In hohen Regierungskreisen scheint jedoch ein hartnäckiger Wille jede Anpassung des französischen Standpunktes Amerika gegenüber zu verweigern, als wäre Frankreich endlich von einer vorgeblichen amerikanischen Hegemonie befreit, unter deren Gewicht es jahrelang geschmachtet habe. Viel Verblendung war nötig, wie *François Poncet* einmal schrieb (*Figaro*, 3. II. 1965), um die öffentliche Meinung so in die Irre zu führen und Ignoranten sowie Naiven weiszumachen, Frankreich sei durch die Politik der USA in «richtiggehender Sklaverei» gehalten. Selbst von der NATO sagt der französische Rundfunk, sie sei dem amerikanischen Einfluß ausgeliefert, während doch niemand die geheime Absicht gewisser Leute diesseits des Atlantiks übersehen kann, zu gegebener Stunde Amerika selbst daraus zu vertreiben.

Frankreich macht aus seiner Abneigung gegenüber der NATO kein Hehl, von der General de Gaulle versichert, sie halte Europa unter amerikanischer Vorherrschaft und drücke Frankreich auf einen zweitklassigen Rang herab. Ihr föderalistischer Charakter hat aber die Probe bestanden, und die Erfahrung hat bewiesen, daß sie, dank der Zusammenarbeit aller Mitglieder, nach dem Gleichheitsprinzip ausgezeichnet funktioniert. Auf Seiten der Europäer denkt niemand daran, sich diese Anschauung zu eigen zu machen und Frankreichs antiamerikanischer Kampagne sowie seinen Absonderungsgelüsten zu folgen. Der gesunde Menschenverstand weist die Vorstellung von sich, aus mehr illusorischem als wirklichem Unabhängigkeitsstreben könnte es bald zum

Bruch der europäischen Solidarität kommen und diese darauf durch chimärische Abkommen mit den Staaten des Ostens ersetzt werden. Ansätze dazu hatten bereits eine Abkühlung der französisch-deutschen Beziehungen zur Folge, so daß Bundeskanzler Erhard, der kurze Zeit beim französischen Staatschef in Gunst stand, aufhörte, Personagrata zu sein, weil man ihm vorwarf, unverzeihlicherweise mit Washington solidarisch zu bleiben.

Daß sich Frankreich gleichzeitig Sowjetrußland annähert und gemäß dem Wunsch des Kremles Deutschland den Zutritt zum Atomclub versperrt, trägt zur Verstärkung der französisch-sowjetischen Bande bei. Mag das auch kein eindeutiges Zeugnis dafür sein, daß Frankreich jetzt schon an eine Umkehrung der Bündnisse zugunsten Rußlands denkt, muß man doch zugeben, daß dieser Gedanke jetzt in der Luft liegt und die Rußlandreise des Leiters der französischen Diplomatie ihn eher verstärkt hat. Bonns Beunruhigung darüber versteht man mühelos. Gerhard Schröders Gespräche mit Couve de Murville ließen im Hinblick auf den Osten tiefgehende Divergenzen zwischen Frankreich und Deutschland sichtbar werden. Das bedeutet, daß die so sehr gefeierte Freundschaft zwischen den beiden Völkern gegenwärtig eine schwere Krise durchläuft. Die Bundesregierung, die an der NATO festzuhalten wünscht, wendet sich gleichzeitig in zunehmendem Maße Amerika zu, da Frankreich den Eindruck erweckt, sich den sowjetischen Positionen anzunähern.

Peking und Schwarzafrika

Die afro-asiatische Konferenz von Bandung im Jahre 1955 gilt als ein historisches Ereignis. Diese Vereinigung der seit dem letzten Krieg emanzipierten Völker Afrikas und Asiens schien den Auftakt zu geben zu weitreichenden Veränderungen im Kräfteverhältnis des Fernen Ostens zum Westen. In zehn Jahren, von Bandung bis Algier, hat sich die Lage wesentlich gewandelt. Lange Zeit von den modernen Staaten in Acht getan, ist China heute im Begriff, eine Atommacht ersten Ranges und zugleich eine große Weltmacht zu werden. Obwohl ihm die Auf-

nahme in die Vereinten Nationen verweigert wurde, scheint Chinas Wille zur Macht, der klar zutage tritt, ihm bei den Nationen des alten Europas nicht zu schaden. Indem es vergangenes Jahr Peking anerkannte, trug Frankreich dazu bei, den chinesischen Kommunismus zu akklimatisieren und seine Ausbreitung zu erleichtern, sehr zum Schaden einiger afrikanischer und madegassischer Leader wie *Houphouët-Boigny* oder Präsident *Tsirananas*, der mit seinem bekannten Unge-stüm erklärte: «Wir wollen diese Kerle nicht bei uns.» Gegenüber der von Amerika auf-gebauten Universität in Sansibar, in Dar-es-Salam an der afrikanischen Küste von Tan-ania, laden Lastschiffe aus Nanking regel-mäßig umfangreiche Waffensendungen aus, die bis vor kurzem für die kongolesischen Rebellen bestimmt waren.

Bundesdeutschland hat bis zum heutigen Tag eine Vorliebe für Tanganjika bewahrt, das einst, wie Kamerun, seine Kolonie war; nicht ohne Grund unterhält es in Dar-es-Salam eine bedeutende Botschaft. Pankow hingegen hat in Sansibar Fuß gefaßt, auf der Nelkeninsel. Dort zeigt es sich äußerst aktiv und arbeitet mit den chinesischen wie den russischen Kommunisten in bestem Einver-nehmen zusammen. Die einen wetteifern mit den andern in der militärischen Ausbildung sowie Ausrüstung der jungen, nach streng-sten revolutionären Prinzipien geschulten Rekruten, die darauf brennen, sich bei der ersten Gelegenheit mit den kongolesischen Söldnern Léopoldvilles zu messen. In Rund-funksendungen immer wieder als letzte Ba-stion des reaktionären Afrika angeprangert, halten die regulären Truppen des ehemals belgischen Kongos die im Osten des Landes ins Maquis geflüchteten Kommandos der Rebellen im Schach.

Die zwar wenig zahlreichen, doch äußerst emsigen chinesischen Agenten zwischen dem Indischen und dem Atlantischen Ozean ha-ben wenig Mühe, die Einheimischen davon zu überzeugen, daß die Kanonen und Ba-zookas, die vor ihren Augen ausgeschifft werden, ihnen den Sieg bringen werden. Dis-kret und allmächtig zugleich überlassen diese Chinesen nichts dem Zufall und verstärken nach wie vor die fanatisierten Banden mit

Waffen zur Unterstützung der Schattenregie-ung der Rebellen. Werden diese oder die umgruppierten Einheiten der Nationalarmee obenausschwingen? Eine Voraussage wäre gewagt. Bis heute setzen die Chinesen ihre Wühlarbeit fort. Sie gaben Anlaß zu viel-fachen Befragungen und verstärkten dadurch das naturgegebene Geheimnis Afrikas.

Bei ihnen steht das gleiche auf dem Spiel wie bei den Russen: die Zerstörung der selb-ständigen politischen Einrichtungen, die denjenigen Europas nachgebildet wurden. Eines unterscheidet sie von den Chinesen. Diese erwarben mühelos das Vertrauen der Massen Afrikas, sind sie doch ein farbiges Volk, das sich selbst befreit hat. Gibt es, wie manchmal behauptet wird, tatsächlich eine gelbe Gefahr in Schwarzafrika? Einige über-treiben zweifellos diese Gefahr, doch sie ganz zu leugnen, wäre nicht minder falsch. Chinas Gegenwart ist unbestreitbar eine Gefahr. Allein, es gilt zu begreifen, daß es infolge einer gewissen Tatenlosigkeit des Westens dazu kam, der, als es nötig gewesen wäre, sich nicht getraute, seine Kraft zu zeigen. Als *Fulbert Youlou*, Präsident der Kongo-republik, von den (damals prosovjatischen) Kommunisten aus Brazzaville gestürzt wur-de, regte sich nichts im Lager der euro-päischen Mächte, die an der Stabilität in Afrika doch interessiert sind. Drei Monate später drangen die Chinesen in den ehemals französischen Kongo ein, wo sie heute noch die Herren sind, die mittels Strohmännern die Schalthebel der Macht in Händen halten. Dennoch wäre die Annahme falsch, Afrika habe zwischen dem Osten oder dem Westen die Wahl getroffen, es suche nun die alten Bande mit Europa zu zerschneiden. Die ent-wickelten Afrikaner spüren das dunkle Spiel der Chinesen auf ihrem Kontinent wohl und erwarten von den Europäern nur eines: die Anerkennung ihrer berechtigten politischen Ansprüche sowie deren Unterstützung, wo es gilt, sie wahrzunehmen.

Der Ehrgeiz des neuen Regierungschefs in Léopoldville, des Generals *Mobutu*, läuft zweifelsohne in dieser Richtung. Als Befehls-haber der Armee behielt er *Patrice Lumumba* gegenüber die Oberhand und unterhält mit *Tschombé* die besten Beziehungen. Durch

seine Machtübernahme brachte er den fünfzigtausend belgischen oder ausländischen Siedlern des Kongos ernstzunehmende Sicherheitsgarantien. Daß er den chinesischen Absichten auf den Kongo Einhalt gebot, bedeutet für Tschombé einen unleugbaren Erfolg und zugleich eine Warnung für jene Afrikaner, die mit der Rebellion paktieren, welche dank chinesischer Waffenhilfe die Provinz Kiwu immer noch besetzt hält. So

bleibt die Lage im Kongo, trotz seiner beträchtlichen Reichtümer, angespannt. Eine Beute der Stammesfehden, dieser dauernden Seuche Schwarzafrikas, ist das Land bisher keineswegs zu einer Festigung weder seiner politischen Strukturen noch seiner wirtschaftlichen Verhältnisse gelangt: sechs Jahre Bürgerkrieg haben es vollständig zertrümmert.

Jean de Saint-Chamant

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Verwirrte Gemüter

Die politischen Beobachter waren sich am Schluß der vergangenen Dezembersession darüber einig, daß noch selten ein so großes Maß an Unmut und Niedergeschlagenheit über den eidgenössischen Räten gelastet habe wie gerade in diesen Wochen. Man stand unter dem Eindruck einer schweren Erschütterung des Selbstvertrauens unseres Parlamentes. Die Hintergründe dieser Erschütterung sind mannigfaltig. Die «Mirage»-Angelegenheit mit all ihren Auswirkungen und ungelösten Problemstellungen ist noch immer nicht in dem Maße überwunden, daß die politischen Führungsgremien unbelastet an die Lösung der Grundfrage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, herantreten könnten: Wie weit müssen unsere Institutionen und politischen Methoden neu überdacht und reformiert werden, damit unser Staatsschifflein auch künftig sicher durch die Fährnisse einer stürmischen Zeit gelenkt werden kann?

Die Verwirrung der Gemüter zeigte sich unter anderem bei der parlamentarischen Behandlung des Militärbudgets, wo eine konservativ-sozialistische Allianz eine lineare Kürzung durchdrückte, obwohl die Finanzsachverständigen mit aller Deutlichkeit auf die Fragwürdigkeit einer solchen Budgetpolitik hinwiesen. Gerade dieser Aspekt des Vorfalls sollte Anlaß zu genaueren Erörterungen geben und in den Gesamtzusammenhang der eidgenössischen Finanzpolitik hineingestellt werden, die ihrerseits gründlicher Diskussion bedarf. Es besteht hier ein Mißbehagen, an dem auch das Parlament nicht

ganz unschuldig ist, da es seinen allgemeinen Sparappellen nur allzu oft Taten folgen läßt, die das genaue Gegenteil bewirken.

Dem Kampf um das Militärbudget kam aber auch insofern weittragende Bedeutung zu, als die konservativ-christlichsoziale Fraktion erstmals aus der bürgerlichen Einheitsfront in bezug auf die Militärpolitik ausbrach und damit ein taktisches Spiel einleitete, das von einem konservativen Publizisten als die Technik der wechselnden Mehrheiten bezeichnet worden ist: Es wird von Fall zu Fall entschieden, mit welcher andern Partei man zusammengehe. Sollte diese Taktik wirklich Schule machen, so würde dies den endgültigen Zerfall des ohnehin Zeichen der Verwitterung aufweisenden «bürgerlichen Blocks» bedeuten.

Die Auswahl der Besten

Die Stimmung unter der Bundeshauskuppel sank aber auch deshalb so tief, weil die Ersatzwahl in den Bundesrat für den abtretenden Außenminister *F. T. Wahlen* eine Sturzflut von Kritik und erregter Diskussion auslöste. Es ging dabei nicht in erster Linie um die Person des offiziellen BGB-Kandidaten *Rudolf Gnägi*, dessen Eignung für das hohe Amt auch von den schärfsten Kritikern nicht ernstlich in Frage gestellt wurde. Vielmehr wurde das Wahlsystem als solches, das angesichts der geschriebenen und ungeschriebenen Regeln unter den heutigen Umständen der «Allparteienregierung» meist nur noch wenig Spielraum übrigläßt, scharf unter die Lupe genommen.

Über die Mängel des gegenwärtigen Systems wird man eingehender reden müssen. Doch sollte man sich nicht zu großen Illusionen über die praktischen Möglichkeiten einer verbesserten Auslese hingeben. Vor allem muß man doch wohl fragen: Wo sind denn die legendären «Besten», die chronisch nicht zum Zuge kommen? Wo sind die großen Wirtschaftsführer und Wissenschaftler, die über eine genügend breite Basis öffentlichen Vertrauens und darüber hinaus über das nötige Rüstzeug politischer und psychischer Art für ein solches Amt verfügen? Warum sollte es außerdem plötzlich falsch sein, die Bundesräte aus der Mitte der eidgenössischen Räte zu erküren, aus jenem Gremium also, welches das Volk repräsentiert und welches ständigen Umgang mit unseren politischen Fragen hat? Ist ein plebiszitäres Verfahren, wie jenes Frankreichs, wirklich besser, das dem Volk zwar die Wahl des Staatspräsidenten zuweist, das aber zugleich praktisch alle Macht an die Staatsspitze delegiert?

Die Proportionen wahren!

Wahrt doch bitte die Proportionen! möchte man hier den in dieser Frage oppositionellen Politikern und öffentlichen Meinungsbildnern zurufen. Man sollte sich davor hüten, mit perfektionistischen Leitbildern zu operieren, die von Voraussetzungen ausgehen, welche in unserem Land ganz einfach nicht gegeben sind. Manchmal steigt der Verdacht auf, diese Art Kritik sei sozusagen zum Selbstzweck geworden; es scheint ihr weniger um die Formulierung realisierbarer Alternativen als vielmehr um die «Belebung» des öffentlichen Gesprächs zu gehen.

In diese Kategorie gehören auch einzelne scharfe Stellungnahmen zur Neukonstituierung des Bundesrates, die lediglich *einen* Departementswechsel, die Übernahme des Außenministeriums durch Bundesrat Spühler, gebracht hat. Damit gebar der Berg von Spekulationen, der sich in diesem Zusammenhang gebildet hatte, eine Maus — zur Enttäuschung jener, welche die verschiedensten Variationen durchgespielt und teilweise grotesk anmutende «Regierungsumbildungen» vorgeschlagen hatten.

Gewiß hätten sich auch andere Lösungen denken lassen. Die Wirkung im Sinne einer Stärkung der Exekutive wäre aber in jedem Fall in bescheidenem Rahmen geblieben. Man muß sich nicht einbilden, durch bloße Departementswechsel, die für die betroffenen Bundesräte zudem mühsame Phasen der Einarbeitung und Umstellung bedeuten, gewisse Mängel personeller, institutioneller oder sachlicher Art aus der Welt schaffen zu können — ganz abgesehen davon, daß die Departementsverteilung im Kollegialsystem nun einmal eindeutig in der eigenen Kompetenz des Bundesrates liegt. Was im übrigen den neuen Außenminister betrifft, so liegt kein Grund vor, seine Qualifikation für dieses Amt ernsthaft in Zweifel zu ziehen.

Heilsamer Gesinnungswandel

Die Würdigungen der bundesrätlichen Konjunkturpolitik waren in letzter Zeit je nach den Standorten der Kritiker durch Enttäuschung oder kaum verhüllte Schadenfreude gekennzeichnet, weil es nicht gelungen ist, der Teuerung durchgreifend Einhalt zu gebieten. Die Reaktion ist verständlich, weil sie jenen Aspekt des Wirtschaftslebens betrifft, von dem jedermann unmittelbar betroffen ist. Man darf darob aber die andern, wesentlich günstigeren Resultate der Konjunkturpolitik nicht vergessen. Abgesehen von den eindeutigen Anzeichen einer Normalisierung der Expansion wird im allgemeinen die indirekte psychologische Wirkung des Streitgesprächs über die Konjunkturdämpfung viel zu gering gewertet oder überhaupt nicht beachtet. Dabei hat sich gerade in dieser Richtung ein gewisser Wandel vollzogen, dem langfristige Bedeutung zukommt: Man gewinnt den Eindruck, daß in manchen Kreisen wieder etwas vorsichtiger und vernünftiger gerechnet und disponiert wird. Investitionsmöglichkeiten werden genauer analysiert; die privaten Sparer sehen sich nach weniger spekulativen, dafür aber sicheren Anlagemöglichkeiten um. Auf dem Arbeitsmarkt sind unqualifizierte Stellensuchende da und dort etwas zurückhaltender in ihren Ansprüchen geworden. In den Gemeinden werden die öffentlichen Bauvorhaben wieder eingehender unter die Lupe genommen. Mit einem

Wort: die «Wohlstandspsychose» ist durch einen heilsamen Schock gedämpft worden. Man kann nur hoffen, daß sich dieser Ansatz zur besseren Einsicht weiter verstärkt.

Schatten über unserer Landwirtschaft

Nachdenklich gestimmt wurde das Schweizervolk in den letzten Wochen und Monaten auch durch ein naturhaftes Ereignis mit starken wirtschaftlichen Auswirkungen: den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche, die der schweizerischen Landwirtschaft schwersten Schaden zugefügt hat. Zwar ist der Versicherungsschutz durchwegs gut; im Durchschnitt beträgt die Schadendeckung 90 Prozent. Doch abgesehen davon, daß gerade in den Viehzuchtgebieten oft auf einen Schlag die Aufbauarbeit von Jahren zerstört worden ist, hatte die Seuche in manchen Gebieten nicht nur land-, sondern gesamtwirtschaftliche Auswirkungen, indem auch andere Zweige, wie der Fremdenverkehr oder das Gewerbe, schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der Seuchenzug hat zudem gezeigt, daß unsere Katastrophenvorsorge nicht über alle Zweifel erhaben ist und daß vor allem auch die finanziellen Sicherheitspolster keineswegs zu dick sind. Wenn zum Beispiel ein vorwiegend bäuerlicher Kanton wie Bern, der prozentual keineswegs am stärksten von der Seuche betroffen worden ist, per 31. Dezember feststellen mußte, daß der Bestand der Tierseuchenkasse bereits fast zur Hälfte aufgebraucht sei — ganz abgesehen von den gesamtwirtschaftlichen Verlusten, die nicht durch diese Kasse gedeckt werden —, so zeigt dies mit aller Deutlichkeit, wie rasch wir mit unseren Notreserven bei schweren Belastungsproben am Ende sein können.

So ist die Seuche mit ihrem gespenstisch-unberechenbaren Wesen zum eindringlichen Symbol dafür geworden, wie anfällig die Existenz des Menschen selbst im technischen Zeitalter mit all seinen Möglichkeiten der individuellen und kollektiven Vorsorge geblieben ist.

Wahlkampf in der größten Schweizerstadt

Zürich hat am 6. März seine Exekutive, den neunköpfigen Stadtrat, neu zu bestellen. Die

Wahl erhält ihren besonderen Akzent dadurch, daß ein Nachfolger für den legendären «Stapi», den langjährigen, durch sein unkonventionelles Regiment höchst populär gewordenen Stadtpräsidenten Dr. *Emil Landolt*, erkoren werden muß. Bei der Niederschrift dieser Zeilen ist die Ausgangslage noch nicht endgültig geklärt. Die Wahlvorbereitungen haben indessen einen grundsätzlichen Aspekt, der schon jetzt registriert zu werden verdient. Es ist die Tatsache, daß der Ruf nach einem «überparteilichen» Kandidaten nicht nur in parteilosen Kreisen deutlich vernehmbar erhoben, sondern auch innerhalb der «Regierungsparteien» ernsthaft diskutiert wurde. Die Gründe dürften nicht allein in gewissen Abnützungerscheinungen der Parteien in der breiteren Öffentlichkeit gesucht werden. Die Erscheinung hängt vielmehr mit der Tatsache zusammen, daß zwar eine bürgerliche Mehrheit mit entsprechend ausgewiesenem Anspruch auf die Präsidentschaft besteht, daß diese Mehrheit aber in verschiedene parteipolitische Lager zerfällt. Dieser Sachverhalt dürfte ein wesentlicher Grund für die intensive Suche nach einem «überparteilichen» Kandidaten gewesen sein, weil auch die Parteitaktiker von der Überlegung ausgingen, daß eine solche Persönlichkeit weniger «abgenützt» wäre und damit eine breitere Vertrauensbasis erringen könnte.

Die Suche blieb aber erfolglos. Die verschiedenen potentiellen «Traumkandidaten» waren entweder nicht willens, sich in den Kampf zu stürzen, oder sie erwiesen sich bei näherer Prüfung nicht geeigneter als die nun auf den Schild gehobenen profilierten Parteipolitiker, die immerhin ihre praktischpolitische Erfahrung und ihre genaue Kenntnis des Regierungs- und Verwaltungsapparats in die Waagschale werfen können — Eigenschaften, die in letzter Zeit nicht nur in Zürich immer geringer veranschlagt worden sind, die aber, wie es manche Gegenbeispiele auf den verschiedenen politischen Ebenen immer deutlicher werden lassen, aller Kritik zum Trotz nicht zu unterschätzende Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung eines öffentlichen Amtes sein können.

Spectator